

Ratssitzung zum Surfpark in Krefeld

„How dare you“ – der Surfpark-Krimi im Rat

21. Januar 2022 um 18:00 Uhr | Lesedauer: 6 Minuten



Ratssitzung unter Corona-Bedingungen: Während der kompletten Sitzung musste Maske getragen werden, auch bei den Redebeiträgen. Foto: Lammertz, Thomas (lamm)

Krefeld. Selten erlebt man den Rat so wie in der Debatte um den Surfpark: konzentriert, mit guten Redebeiträgen und einem feinen politischen Schachspiel. Für die Klimaschützer war es ein schwarzer Tag. Sie sind tief getroffen. Die Frage ist, ob die Ampel das überlebt.

Von Jens Voss

Für die Klimaschützer ist der Offenlage-Beschluss zum Surfpark ein schwerer Schlag. Fridays for Future Krefeld (FFF) zitiert am Tag danach auf seiner Facebook-Seite einen berühmten Satz der FFF-Initiatorin Greta Thunberg: „SPD und CDU Krefeld stimmen mit FDP und AFD für die Verschärfung der Klimakrise zu Gunsten privilegierter Hedonisten. How dare you?“ Privilegierte Hedonisten – das sind Leute, die vor allem Lustgewinn anstreben und sich das Surfen leisten können.

Der Satz spiegelt die Fallhöhe der Debatte wider: Für FFF, für die Grünen mit der parteilosen Ratsfrau Björna Althoff ging es um eine Wende, einen Paradigmenwechsel: Ein Freizeit-Projekt wie der Surfpark hinterlässt demnach einen großen CO₂-Fußabdruck, obwohl Krefeld, Deutschland, die Welt dringend Strom sparen müssten, um die Energiewende zu schaffen. Der Surfpark ist damit beides: Symbol für gesellschaftlichen Stillstand und konkretes Beispiel für ein Projekt, der aus FFF-Sicht nicht zu vertreten ist. Diese Doppelung aus allgemein-ethischer und konkret-praktischer Bedeutung macht die politische Niederlage für die Klimaschützer so verletzend und tief. Man darf gespannt sein, ob dieser Bruch zwischen Grünen und SPD heilbar ist.

INFO

Wie man die Unterlagen einsehen kann

Die Offenlage des Bebauungsplan-Entwurfs zum Surfpark beginnt Anfang Februar und dauert sechs Wochen. Sie findet, wie üblich, im Fachbereich Stadt- und Verkehrsplanung, Parkstraße 10, statt. Dort liegen dann in einem Raum die Pläne, die Planbegründungen, die wesentlichen umweltbezogenen Stellungnahmen und alle Gutachten zur Einsichtnahme aus (tgl. von 8 bis 12.30 Uhr, Mo.-Mi. auch 14 bis 16 Uhr, Do. auch 14 bis 17.30 Uhr). Für Besucher gilt derzeit die 3G-Regel, es müssen Masken getragen werden.

Internet: Alle Unterlagen auch im Internet verfügbar sein. Die Stadt hat dafür die zentrale Internetadresse www.krefeld.de/bauleitplanverfahren angelegt, auf der alle Unterlagen bereitgestellt werden. Dort kann man auf das entsprechende Bauleitplanverfahren klicken und auf den jeweiligen Unterseiten alle Dokumente im pdf-Dateiformat vorfinden. Dieses Angebot ermöglicht es, unabhängig von den Einsichtnahmezeiten die Unterlagen in Ruhe zu Hause anzusehen oder auch in die großformatigen Pläne hinein zu zoomen.

Stellungnahmen zur Planung können nach Beginn der Offenlage beim Fachbereich Stadt- und Verkehrsplanung eingereicht werden und fließen in die Bewertung des Vorhabens ein. Wenn keine gravierenden Gründe dagegen sprechen und die Politik zustimmt, soll im Sommer ein Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan erfolgen. Anschließend könnte die Baugenehmigung für den Surfpark erteilt werden.

Die bemerkenswert knappe Ratssitzung ragte hervor: Die Redebeiträge waren konzentriert, dicht, auf hohem Niveau und teils rhetorisch glänzend. Beispiel eins: Die Grüne Julia Müller prägte die Wendung von der „Inversion des kategorischen Imperativs“. Zur Erinnerung: Kant postuliert, man solle stets so handeln, dass die Maxime seines Handelns allgemeines Gesetz sein könne. Die Entscheidung pro Surfpark widerspricht dem aus grüner Sicht: Die Maxime „Verbrauche mehr CO₂ für ein Freizeit-Projekt“ darf demnach gerade kein allgemeines Gesetz sein. Der Rat, so der Vorwurf, verkehrt diesen Grundsatz, indem er nach dem Vorbild anderer Kommunen mit Surfpark handelt: „Wenn andere das tun, dann soll ich das auch tun?“, fragte Müller – eine rhetorische Frage. Das war ein starker Moment. Die angeprangerte Verkehrung des Kategorischen Imperativs stand unausgesprochen – dadurch noch wirksamer – im Raum: Ihr ahmt andere einfach nach – ohne Rückbindung an ein allgemeines Gesetz.

Den mit Abstand packendsten Redebeitrag hielt Salih Taurusoglu von „wir Krefeld“. „Ich gehöre zu den Leuten hier im Rat, die sehr begeistert sind von diesem Surfparkprojekt“, eröffnete er zur Verblüffung der Zuhörer, da er zum Lager der Gegner des Surfparks gehörte. „Ich find das eine sehr geile Idee, ein ambitioniertes Projekt; und ich persönlich hab auch Riesenbock, dort surfen zu gehen. Das Problem ist, wir sind nicht dafür gewählt, was wir persönlich geil finden. Wir wurden dafür gewählt, um das zu machen, was für diese Stadt gut ist.“ Der Surfpark zerstöre unsere Klimaschutzvorstellungen, „all die Fortschritte, die wir mit großer Mühe gemacht haben, werden mit einem Schlag wieder aufgefressen.“ Jeder einzelne müsse wissen, ob und wie er sich vor den jungen Leuten von FFF verantworten könne. Der SPD hielt er vor, bei den Freitagsdemonstrationen von FFF mitzulaufen. Mit Fingerzeigen in die Runde des Rates sagte er: „Kann jeder einzelne von euch – du, du, du und du – erklären, warum er sich für dieses Projekt entschieden hat?“ Höhepunkt war die Wende zu Krefeld. „Wenn ich in die öffentliche Debatte gucke, dann les ich, Krefeld ist die größte Scheiß-Stadt auf diesem Planeten. Was ist das für ein Selbstbild?“, rief er und listete das Gute an Krefeld auf, „man muss den Eindruck bekommen, wir stehen vor dem Weltuntergang“. Er plädierte mit Leidenschaft dafür, nicht so zu tun, als mache erst der Surfpark die Stadt ein bisschen schöner: „Das ist nicht so. Krefeld ist auf einem guten Weg. Mit Surfpark und ohne Surfpark ist diese Stadt lebenswert. Aber mit Surfpark wird sie ein wenig weniger nachhaltig“ Damit traf er einen Nerv, das war ein emotionaler Höhepunkt: Applaus brandete auf, quer durch die Fraktionen. Es war eine dieser seltenen Reden, die die Stimmung in einem Saal überraschend drehen können.

Doch Tausoglu drehte die Stimmung nicht. Und damit ist man bei dem politischen Schachspiel, das sich in der Sitzung eben auch vollzog. Die CDU hatte die SPD mit ihren Bedingungen zum Surfpark unter Zugzwang gesetzt, auch die FDP hatte geschickt den Gralshüter der wirtschaftlichen Solidität gegeben: „Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser“, sagte FDP-Fraktionschef Joachim Heitmann. Das war sein „Hier stehe ich und kann nicht anders“-Moment.



LESEN SIE AUCH





KR wie Krefeld

Der Paradigmenwechsel bleibt aus

Die SPD musste mitspielen, alle Bedingungen nahezu akzeptieren, um einen Beschluss pro Surfpark auf breiter Basis hinzukriegen. Am Ende stand eine Win-win-Situation: Die SPD hatte ihre Mehrheit, CDU und FDP konnten für sich beanspruchen, wichtige Sicherungen für die Stadt eingebaut zu haben. Abstimmungserfolg mit 37 zu 19 Stimmen. Ein klarer Sieg.

Der CDU war wichtig zu betonen, dass die Entscheidung für die Offenlage des Bebauungsplan-Entwurfs keine Vorentscheidung für die Genehmigung des Projekts sei. Einwände der Bürger, finale Verhandlungen mit dem Surfpark-Entwickler, die Prüfung der wirtschaftlichen Solidität des Unternehmens, die Ermittlung der finalen Kosten für den Entwickler (zum Beispiel für den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur): lauter Punkte, die nicht trivial sind und in Euro-Zahlen gegossen werden müssen. So ist die endgültige Entscheidung noch nicht gefallen.

Das wird die Klimaschützer bei den Grünen und Fridays for Future nicht trösten. Selbst wenn der Surfpark am Ende doch nicht gebaut wird – das Signal dieser Ratsentscheidung ist aus FFF-Sicht: Verzicht auf Luxusprojekte zugunsten von Klimaschutz ist nicht konsensfähig. Es sei falsch, schreibt FFF Krefeld am Tag nach der Ratssitzung, den Eindruck zu erwecken, „wir hätten genug Energie übrig für solche Projekte“.

Kommentare Mein Profil

Angemeldet als
achim.ernst

Schreiben Sie einen Kommentar

B *I* “ ☰

ABSENDEN

Neueste zuerst ▾

Es sind noch keine Kommentare vorhanden. Nehmen Sie an der Diskussion teil.